

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesner.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1539  
Groszkasse Riesner Nr. 32.

Nr. 266.

Mittwoch, 15. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 6.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

Unter dem Viehbestande des Gutsherrn Hugo Schumann in Wernsdorf ist die Maul- und Ruhrkrankheit amtlich festgestellt worden. Sperrgebiet: Wernsdorf. Beobachtungsgebiet: Deyda, Gohrdorf, Bausig, Riedersdorf. Die einschlägenden Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dez. 1911 — S. 88 des G. B. 1912 — sind zu beachten. Wiederverhandlungen dagegen werden verfolgt. Großenhain, am 14. November 1922. 1863 EL. Amtshauptmannschaft.

## Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Grundsteuererklärung für die Rechnungsjahre 1922 bis 1925.

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung ist zur Abgabe einer Grundsteuererklärung verpflichtet:

jeder Eigentümer eines Grundstücks, jeder Erbbauberechtigte und jeder Besitzer eines auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäudes. Steht das Eigentum an einem Grundstück oder das Erbbaurecht oder der Besitz eines Gebäudes auf fremdem Grund und Boden mehreren zu, so genügt es, wenn einer von ihnen die Grundsteuererklärung abgibt.

Die Miteigentümer oder Mitberechtigten haben der Grundsteuerbehörde bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis spätestens zum 25. November 1922 einen gemeinschaftlichen Vertreter zu benennen, der ermächtigt ist, alle Zufertigungen in Grundsteuererklärungen mit Wirkung für und gegen sämtliche Miteigentümer oder Mitberechtigten zu empfangen. Zustellungsbevollmächtigter kann einer der Miteigentümer oder Mitberechtigten sein. Der Zustellungsbevollmächtigte muß in dem Gemeindebezirk wohnen, in dem das Grundstück liegt.

Steht einer Person das Eigentum oder Erbbaurecht an mehreren Grundstücken oder der Besitz mehrerer Gebäude auf fremdem Grund und Boden zu, so hat sie für jeden Steuergegenstand (wirtschaftliche Einheit) eine gesonderte Grundsteuererklärung abzugeben.

Die Verpflichtung zur Abgabe einer Grundsteuererklärung besteht nicht, soweit es sich um nachstehend aufgeführte, nach § 3 des Grundsteuergesetzes von der Grundsteuer befreite Grundstücke handelt:

1. Grundstücke des Reichs, des sächsischen Staates, der sächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Bezirks- und Kreisverbände,
2. öffentliche Verkehrswege,
3. öffentliche Bestattungsorte.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks in der Zeit vom 23. November bis 23. Dezember 1922 bei der zuständigen Ortspolizeibehörde abzuliefern. Die Ortspolizeibehörden haben die Steuererklärungen zu prüfen und sodann gesammelt bis zum 30. Dezember 1922 an die Amtshauptmannschaft einzusenden. Vordrucke für die Steuererklärung können von der unterzeichneten Grundsteuerbehörde bezogen werden. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugefandt worden ist.

Für Personen, die unter Minderjährigkeit oder Vormundschaft oder elterlicher Gewalt stehen, sind die Grundsteuererklärungen von dem Vorgesetzten, Vormund oder Träger der elterlichen Gewalt, für juristische Personen und selbständig steuerpflichtige Personvereinigungen von deren gesetzlichen Vertretern, Vorständen oder Geschäftsführern abzugeben.

Wer durch Abwesenheit oder sonst verhindert ist, die Grundsteuererklärung abzugeben, kann die Erklärung durch Bevollmächtigte abgeben lassen. Die schriftliche Vollmacht ist der Steuererklärung beizufügen, sofern sie nicht bereits zu den Akten der Grundsteuerbehörde gegeben ist.

Die Einreichung der Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann durch Geldstrafe bis zu 500 Mark zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Aufschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen vorläufig berichtet, daß die nach dem Grundsteuergesetze zu entrichtende Grundsteuer verläßt wird, wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden (§ 28

des Grundsteuergesetzes). Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen handelt, daß die Grundsteuer verläßt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angeordnete Geldstrafe (§ 35 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes in Verbindung mit § 367 der Reichsabgabenordnung). Großenhain, am 13. November 1922. Die Amtshauptmannschaft.

## Gebäudelisten zur Veranlagung der Wohnungsbauabgabe betr.

Jeder Eigentümer eines vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäudes oder dessen Vertreter ist auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung verpflichtet, auf einem ihm durch die Gemeindebehörde auszubehandelnden Vordrucke (Gebäudeliste) innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Zustellung die zur Ermittlung der Wohnungsbauabgabe und des Nutzungswerts der Gebäude und Gebäudeteile erforderlichen Angaben zu machen.

Steht das Eigentum an einem Gebäude mehreren Personen zu, so genügt es, wenn eine die geforderte Erklärung abgibt. Die Ausfüllung der Gebäudeliste hat nach dem Stande vom Tage ihrer Aufstellung zu erfolgen.

Die zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Gebäudeliste unter Benutzung des ihnen ausbehandelnden vorgeschriebenen Vordrucks innerhalb der vorkommend vorgeschriebenen Frist bei der zuständigen Gemeindebehörde einzureichen. Die Ausfüllung und Einreichung der Liste kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung durch Geldstrafen erzwungen werden. Die zur Einreichung der Liste gestellte Frist kann auf Antrag von der unterzeichneten Amtshauptmannschaft verlängert werden. Fristüberschreitungen sind, soweit den säumigen Eigentümern nicht wichtige Entscheidungsgeschäfte zur Seite stehen, nach §§ 377 und 378 der Reichsabgabenordnung zu ahnden. Großenhain, am 13. November 1922. Amtshauptmannschaft.

Im Hinblick auf die derzeitige Wirtschaftslage und die außerordentliche Verteuerung der Gegenstände des täglichen Bedarfs hat der Bezirksausschuß für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk bestehende Preisprüfstellen einen Beirat angegliedert, dessen Mitglieder die Bevölkerung über die Preisbildung aufklären sollen und den Groß- und Kleinhandel auf die Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu überwachen haben. Sie haben einen von der Amtshauptmannschaft ausgestellten Ausweis erhalten und sind beauftragt:

- 1) von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondere über den Bestand, die Art und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs Erhebungen anzustellen,
- 2) Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und dieselbe Besichtigungen vorzunehmen,
- 3) die Vorlage von Schlußrechnungen, Frachtbüchern, Konnossementen, Lagerheften, Ladelisten und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- und Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, zu fordern und darin Einsicht zu nehmen. Dies wird unter Hinweis auf die Strafbestimmungen in § 17 Abs. 1 der Bekanntmachung vom 25. September 1915 (R. B. L. S. 601) zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Großenhain, am 14. November 1922. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 635 die Firma Terberger, Verlemer & Co., Ges. m. b. H. in Riesner. Der Gesellschaftsvertrag ist am 12. Oktober 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf von Eisenbau-, Gruben-, Hütten- und Industriebedarfsmaterialien, sowie Vertretung anderer Firmen und Fabrikation einschlägiger Artikel. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 20 Jahre bemessen. Wird ein Jahr vor Ablauf des Vertrags von keinem der Gesellschafter die Kündigung schriftlich ausgesprochen, so läuft der Vertrag von fünf zu fünf Jahren weiter. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt dreihunderttausend Mark. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hans Terberger in Riesner bestellt; b) auf Blatt 636 die Firma Hugo Wanshof, Reichsapotheker in Riesner. Der Apotheker Hugo Wanshof in Riesner ist Inhaber. Amtsgerecht Riesner, den 13. November 1922.

## Vertragliches und Sächsisches.

Riesner, den 15. November 1922.

Das endgültige Wahlergebnis in Sachsen. Den „Leipz. Neue. Anz.“ wird aus Dresden gemeldet: Wie wir erfahren, wird die Verfassung des amtlichen Wahlergebnisses der Landtagswahlen für Sachsen, die am heutigen Mittwoch in Dresden stattfinden wird, eine Ueberraschung bringen. Auf Grund der komplizierten Restimmungerteilung der gesamten endgültigen Wahlergebnisse, bei denen die Deutschnationalen im Leipziger Wahlkreis beinahe 8000 Stimmen eingebüßt haben, wird sich nach unseren genauen Berechnungen eine Verschiebung nach der bürgerlichen Hälfte um einen Sitz ergeben, und zwar erhält die Deutsche Volkspartei einen Sitz mehr und die D.S.P. einen Sitz weniger. Der neue Sitz für die Deutsche Volkspartei wird auf den Dresdner Wahlkreis entfallen, so daß der bisherige Landtagsabgeordnete Sozialdemokrat Herr Rode-Dresden wieder in den Landtag einziehen wird. Der Verlust des sozialdemokratischen Mandats trifft den Chemnitzer Wahlkreis, wo der neue Kandidat Schäfermayer Köhler-Wolfsstein wegschallt. Mit diesem endgültigen Ergebnis zieht die Deutsche Volkspartei gleich stark mit den Deutschnationalen mit je 19 Mann in den Landtag ein. Damit hört die Deutschnationale Volkspartei auf, die stärkste bürgerliche Fraktion im sächsischen Landtag zu sein. Die Demokraten behalten ihre acht Sitze, so daß auf die Bürgerlichen zusammen 48 Sitze entfallen, statt, wie bisher angenommen, 45. Die Sozialdemokraten werden dagegen statt der bisher errechneten 41 Sitze nur 40 haben. Die Kommunisten behalten ihre 10 Sitze. Das amtliche Ergebnis aus den Wahlkreisen Leipzig und Chemnitz ist bereits veröffentlicht. Das amtliche Ergebnis im Wahlkreis Dresden ist folgendes: Deutschnationale 190801, Deutsche Volkspartei 162463, Demokraten 82186, Zentrum 15777, Wirtschaftspartei 5197, Deutsches Volk 10202, Sozialdemokraten 419614, Kommunisten 51625. Die Gesamtsumme der im Dresdner Wahlkreis abgegebenen Stimmen beträgt 937545, im Leipziger Wahlkreis 687958, im Chemnitzer 912080, zusammen in Sachsen 2537589. Der Wahlquotient beträgt dabei 26488. — Die vorstehende Mitteilung des „Leipz. Blattes“ fand heute nachmittags durch folgende von Wolffs Sächs. Landesdienst verbreitete Meldung ihre Bekräftigung: Dresden. Bei der heutigen

amtlichen Feststellung des Landtagswahlergebnisses durch den Landeswahlausschuß hat sich ergeben, daß auf Grund der abgegebenen Stimmen den Sozialdemokraten 40, den Kommunisten 10, den Deutschnationalen 19, der Deutschen Volkspartei 19 und den Demokraten 8 Sitze zuerkannt sind. Es ist also gegen das nichtamtliche vorläufige Ergebnis eine Verschiebung infolge eingetreten, als die Sozialdemokraten 1 Sitz weniger und die Deutsche Volkspartei 1 Sitz mehr erhält.

Der erste Heimatschutzvortrag hatte einen Besuch aufzuweisen, der wohl alle Erwartungen übertrafen hat. Saal und Galerie der Höpfer waren vollbesetzt und nicht wenige Besucher mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Es sei aber gleich bemerkt, daß durch Herausnehmen der Tische und Stellen von Stuhlreihen dafür gesorgt werden wird, daß das nächste Mal alle Besucher Platz finden. Jedenfalls wird der zahlreiche Besuch allen Heimatschutzfreunden eine rechte Freude gewesen sein. Der Heimatschutzgedanke scheint in Riesner also doch zu markieren und die Arbeit, die auf diesem Gebiete geleistet wird, Früchte zu tragen. Wollen wir nur hoffen, daß das Interesse des Publikums der Ausdauer nicht ermangelt und die im Heimatschutz wirkenden Vereine bei ihrer Erziehungsbearbeit immer eine glückliche Hand haben. Im gestrigen Vortrag behandelte Herr Sekretär Prof. O. Senfert aus Dresden das Thema: „Mordenschaften — Mordtaten“. Vielleicht hatten manche Besucher geglaubt, es würden mehr die Morderschuldigen der neueren Zeit, vor allem der Gegenwart, unter die kritische Lupe genommen werden. Es schadet aber nichts, wenn wir in einem historischen Rückblick — und einen solchen stellte der Vortrag dar — einmal auf die Zusammenhänge in der Mordgeschichte eingehen. Wenn wir sehen, daß die Mordtaten zu allen Zeiten von Unsicherheiten nicht frei gewesen ist, so veranlaßt uns das vielleicht, gegen die Mordtaten unserer Tage toleranter zu sein. Einen Feldzug gegen die Mordtaten will der Vortragende nicht führen. Wenn wir noch keine Mordtaten hätten, müßte eine geschaffen werden“, meinte er im Hinblick schon auf ihren bedeutenden wirtschaftlichen Nutzen. Bekämpfen will er die Mordtatschuldigkeit, das einfache Kopieren der Mordtaten, das zu Verbrechen gegen das eigene Ich führt. Eine Mordtate kann noch so absonderlich sein, wenn sie von einer schönen und geschmackvollen Frau getragen wird, ist sie immer allerliebst, an einer ungeeigneten Trägerin wird dagegen auch die geeignetste Mordtate der Schwärze

verfallen. Kurz: Die Mode muß mit dem Stil der menschlichen Gestalt harmonieren. Auch nach dieser Richtung hat der von dem Vortragenden gegebene historische Rückblick reiche Belehrung. Welch ein Unterschied im Schönheitsbegriff der Zeiten gab sich hier dem Hörer und Zuschauer kund. Und wie vortrefflich verstand es der Vortragende, die Morderschuldigen, die uns wegen ihrer Unnatur oder als Ausdruck primitiven Schmutzbedürfnisses der Naturvölker selbst anmuten, als Mordtaten verächtlich zu machen, und für andere Mordtaten die Begründung ihrer Verwerflichkeit oder ihrer Schwärze zu geben. Eine Auswahl ausgedehnter Lichtbilder und ein zündender Humor erhöhten die Wirkung der rednerischen Darstellung. Die Zuhörer dankten dem Vortragenden für die unterhaltliche und lehrreiche Stunde, die sicherlich auch den Beiträgern des Heimatschutzes förderlich gewesen sein wird, durch lebhaften Beifall.

Volkschule. Ueber „Grundfragen der Staatskunde“ kann in diesem Monat nicht vorgetragen werden, weil der Vortragende, Dr. Kaphahn, leider dringend verhindert ist. Die geldigen Karten gelten für den 19. und 26. Januar, vorher erfolgt noch einmal rechtzeitig Bekanntmachung durch die Zeitungen. — Die Vortragsreihe über „Georg Hauptmanns Leben und Werke“ beginnt Freitag, den 17. November, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr im Prüfungsaal der Gröbaer Schule, Einang Georgplatz. Anlässlich des Hauptmann-Jubiläums dürfte diese Vortragsreihe besondere Teilnahme finden. Am ersten Abend wollen sich die Hörer schon um 7 Uhr einfinden.

Ueber das Garaguly-Konzert, das morgen stattfindet, schreibt die „Zwickauer Zeitung“ vom 9. 5. 22: „Das Garaguly-Konzert war der stärkste Konzerteerfolg des letzten Jahres!“, Chemnitzer Neuzeit Nachrichten (S. 2. 22): „Dann kamen alle Zuhörer auf ihre Kosten, als Garaguly auf seiner Geige uns das bekannte Konzert von Tschairowsky vorklänge, vorjubelte und damit alles in seine Kunst verzauberte. Auch wer fast täglich von berufsmäßigem Musik genießt, wurde nicht müde, diesen bestirrenden Klängen zu lauschen.“

Die Regierungsbildung in Sachsen. Das kommunistische Organ „Der Kämpfer“ schreibt u. a.: „Wir hätten gewünscht, daß die „Dresdner Volkszeitung“ sich lieber zu dem von unserer Partei aufgestellten Programm im einzelnen sachlich geäußert hätte, statt die Diskussion auf das Verfassungsgebiet zu schieben. Da aber das Dresdner S. D. Blatt die Verfassungskämpfe angeht, so nach

mehr, da es erklärt, doch dies die einzige Bedingung ist, die die Sozialdemokratie an uns Kommunisten zu stellen hat, so ergeben wir gerne die Gelegenheit, in aller Anspannung die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zur Verfassung, der Landes- sowie der Reichsverfassung, darzulegen. Unsere Antwort auf die „Gewissenfrage“ der Sozialdemokraten, ob wir die Verfassung anerkennen oder nicht, kann sehr kurz sein: Wir halten es hierin, heute wie zuvor, mit Ferdinand Lassalle, nämlich, daß die Verfassung eines Landes nichts anderes ist, als die in einem Lande bestehenden Machtverhältnisse. Daß die geschriebene Verfassung der deutschen Republik im allgemeinen und der sächsischen im besonderen, welche beide die bürgerliche Gesellschaftsordnung zur Grundlage haben, etwa als Ideal einer Verfassung für das Proletariat anzusehen wäre, das wird auch die Sozialdemokratie nicht behaupten. Aber, wenn die geschriebene Verfassung den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, und wenn diese tatsächlichen Verhältnisse zur Zeit für das Proletariat ungünstig sind, so muß eine Partei des Proletariats die tatsächlichen Machtverhältnisse zugunsten des Proletariats zu ändern suchen. Daraus, und nur daraus kommt es an. Vielleicht lernt die U.S.D.V. noch etwas von Lassalle, dessen Autorität doch heute noch von ihr unbedenklich anerkannt wird. Die sozialdemokratische Verfassung ist natürlich mit diesen gebundenen Verhältnissen der Kommunisten nicht einverstanden.

• Gestohlen wurde am 13. 11., nachmittags 4 Uhr aus dem Hofraum der Schankwirtschaft Bahnhofsstr. 14 ein dort befindliches angelegenes gewebenes Herrenrad, Marke „Droschel“, Nr. 85 430, schwarzer Rahmenbau, dergl. Felgen, leicht nach oben gebogene Lenkstange, Glöck mit der Aufschrift Franz und Emil Müller, Merzdorf, vernickelt, etwas verrostete Speichen, Torpedofreilauf, dunkelbrauner Sattel, Wert 20 000 Mark. Mit diesem Rad ist ein unbekannter junger Mann, 20-22 Jahre alt, welcher durch Gröbde gegangen ist, gesehen worden. Abwesend hat er das Rad getragen und dann wieder gefahren. Ferner ist am selben Tage gegen 7 Uhr abends vor dem Verkaufsladen der Firma Gehr, Dessau, hier ein Herrenrad (Marke „Balance“, Nr. unbekannt, schwarzer Rahmenbau, dergl. Felgen, etwas verrostete Speichen, nach oben gebogene vernickelte Lenkstange, Torpedofreilauf, fast neue Gummiabreibung, Wert 20 000 Mark) gestohlen worden. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet der Kriminalpolizei Meis.

• Eine Verammlung der U.S.D.V. in R. A. n. Wie die „Dresdener Volkszeitung“ aus München meldet, fand dort im „Hindkeller“ am Montag eine von über 3000 Personen besuchte Verammlung des Republikanischen Reichsbundes statt, in der Ministerpräsident Graf Dr. Brüning über Fundament und Aufbau der Republik sprach. Die Verammlung gestaltete sich zu einer bedeutungsvollen Kundgebung zugunsten des republikanischen Gedankens in Bayern. Ministerpräsident Graf hat dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Ansting einen privaten Besuch abgelehnt. — Wie weiter gemeldet wird, hat Ministerpräsident Brüning in der Verammlung mitgeteilt, daß Sachsen demnach auf Grund des Art. 12 der Reichsverfassung mit der Trennung von Kirche und Staat selbstständig vorgehen werde und mit der Gründung der Staatsschule verbindlich in Deutschland wirken werde.

• Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung. Am 10. November ist in den vereinigten Reichsratsausschüssen der Antrag Sachsens auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beraten worden. Der gleichzeitig vorliegende, wesentliche hinter den sächsischen Vorschlag zurückbleibende Antrag der Reichsregierung fand infolgedessen am Ende der Beratungen keine Mehrheit mehr, sondern es kam ein Kompromißvorschlag zustande, der für Personen beiderlei Geschlechts über 21 Jahre mit eigenem Haushalt in der Dreiklasse A die sächsischen Forderungen annimmt und hinsichtlich der Familienzuschläge in Dreiklasse B sowie hinsichtlich aller Züge für die vorstehend genannten Personengruppen in der Dreiklasse B nicht allzu hohe Abstriche von den sächsischen Forderungen vorschlägt. Sobald die Reichsregierung dazu Stellung genommen hat, wird am 15. ds. Mts. eine zweite Lesung in den vereinigten Reichsratsausschüssen und anschließend unmittelbar darauf die endgültige Beschlußfassung der Vollversammlung des Reichsrats stattfinden, so daß spätestens für den 20. November das Inkrafttreten von Unterstützungsänderungen erhofft werden kann, die durchschnittlich um 20 bis 25 Prozent höher sind, als die Vorschläge der Reichsregierung und das vier- bis fünffache der jetzigen Unterstützungsätze betragen.

• In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates vom 1. November 1922 wurden u. a. folgende Gegenstände beraten bzw. Beschlüsse gefaßt: Die unangünstigen Grundverhältnisse

### Heutiger Dollarkurs (amtlich): 7490 Mark.

während der letzten Monate haben in den oberen Teilen des Erzgebirges und Vogtlandes zu einem schweren Ernteausschlag und in den am härtesten betroffenen Teilen sogar zu einer mehr oder weniger vollständigen Missernte der Getreidearten und Getreide geführt. Die hierdurch verursachte Kollage der dortigen Landwirtschaft, die mangels ausreichender Betriebsmittel vor einem Zusammenbruch ihrer Betriebe stehen, kann nur durch eine großzügige Kostensanktion behoben werden, zu deren Durchführung vor allem in Form der Ueberlieferung von Saatgut und Düngemitteln der Landeskulturrat bei der Staatsregierung die sofortige Bereitstellung ausreichender Mittel beantragt wird. — Zur Aussprache fand weiter der vom Wirtschaftsministerium vorgelegte Entwurf einer Jugerbesteuerung, die in Ansehung an die als Reichsteuer erlassene Kraftfahrzeugsteuer in Form einer Steuererhöhung durchgeführt werden soll. Darnach soll für sämtliche Jugendliche eine nach der Viehhaltung unterschiedene Kopfsteuer erhoben werden, deren Ertrag ausschließlich für die Unterhaltung der öffentlichen Wege verwendet werden wird. Auf Grund eines Beschlusses des Ständigen Ausschusses wird der Landeskulturrat beantragt, daß mit Rücksicht auf die geringe Inanspruchnahme der öffentlichen Wege durch die landwirtschaftlichen Gespanne eine Staffelung der zunächst als einheitlich vorgesehenen Sätze im Sinne einer angemessenen Ermäßigung der Sätze für die landwirtschaftlichen Gespanne gegenüber denen für gewerbliche Gespanne vorgenommen wird. Gleichzeitig wird der Landeskulturrat beauftragt, daß die durch Steuererhöhung des Bezirksverbandes oder der bezirksfreien Gemeinden in Aussicht genommene Verdrückung der Steuerhöhe in jedem Falle von der Genehmigung des zuständigen Ministeriums abhängig gemacht wird. Dem Entwurf von Richtlinien für die Ausbildung von Schäferinnen, die die einheitliche Regelung der Vezzeit, der weiteren Ausbildung und der Prüfung der Schäferlehrlinge und Schülern zum Zwecke haben, wurde in der vorgelegten Form zugestimmt.

• Reizeverkaufspreise für Zucker. Die Landespreisprüfstelle gibt bekannt, daß für Zucker im Monat November nachstehende Verkaufspreise im Kleinhandel Gültigkeit haben: Weiß- und gemahlene Raffinade das Pfund 100 Mark, Rohzucker, Südkonkanten und Brote 110 Mark, Wärfelzucker 120 Mark.

• Der Kartoffelpreis. Die Kartoffelnotierungskommission hat in ihrer Sitzung am Montag für weiße, rote und gelblichgelbe Sorten einen Preis von 500 Mark notiert.

• Landesparteitag der sächsischen Kommunisten. Der sächsische Landesparteitag der K.P.D. wird am 25. und 26. November in Dresden abgehalten werden.

• Denkschrift über die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn. Der Reichsverkehrsminister hat den Mitgliedern des Reichstages eine Denkschrift über die Tarifpolitik der deutschen Reichsbahn vorgelegt, die auch im Buchhandel käuflich ist. (Grünheit, Verlag Georg Stilke, Berlin.) Nach allgemeinen Ausführungen über die Tarifpolitik und Eisenbahnfinanzierung wird rüchblickend die Entwicklung der Gütertarife sowohl wie der Personentarife eingehend behandelt. Besonders wird zu den einzelnen Klagen, Bormärkten und Wünschen unter Heranziehung ausgedehnter statistischer und wirtschaftlicher Materials kritische Stellung genommen. Eine große Anzahl graphischer Darstellungen und Tabellen vervollständigt das Bild, das nicht nur Parlament und Wirtschaft die Entwicklung des Tarifwesens darlegen soll, sondern auch durch die Art seiner Darstellung geeignet ist, jedem, der mit der Eisenbahn als Fahrgast oder Verfrachter in Berührung steht, über die aufstauenden Probleme, Fahrpreise und Tarife erschöpfende Antwort zu geben.

• Der wilde Streik im staatlichen Kraftwerk Pirschfeld dauert noch an. Die Gewerkschaften mißbilligen den Streik. Vorläufig wird die Stromlieferung durch das Lauterwerk und das Helerwerk in Pirna unterhalten. Die Lausitzer Industrie wird durch die störende Strombelieferung sehr beeinträchtigt.

• Gegen die Ausnutzung jugendlicher Arbeitskräfte. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Der Direktor einer sächsischen Handelsschule hatte auf Ansuchen des Besitzers eines benachbarten Rittergutes 8 Schüler seiner Schule auf 8 Tage zur Hilffleistung bei den Erntearbeiten beurlaubt. Der Rittergutsbesitzer war verpflichtet worden, den Schülern außer der Verköstigung auch eine angemessene Geldentschädigung zu gewähren. Nach Rückkehr der Schüler wurde festgestellt, daß die Beschäftigung

der Schüler unzureichend gewesen war und man dem jugendlichen nur 25 Mark Geldentschädigung pro Tag gegeben hatte. Das Wirtschaftsministerium erblickt von dem ganzen Vorgang erst Kenntnis durch eine Beschwerde des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Dresden. Da die Schüler gewerblicher und hochschulischer unter keinen Umständen als Lohnarbeiter auf dem freien Arbeitsmarkt einsetzen dürfen, hat das Wirtschaftsministerium, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu vermeiden, sofort eine Verordnung erlassen, wonach Beurlaubungen von Schülern für Arbeiten in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in allen Schulen, die der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums unterstehen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums erfolgen dürfen.

• Mit Rücksicht auf die Zunahme der Maul- und Pockenkrankheit in den Deutschen Reich werden die in der Verordnung vom 11. Oktober 1922 (Staatszeitung Nr. 240) gewährten Erleichterungen wieder außer Kraft gesetzt.

• Die sächsische Landespreisprüfstelle über Fleisch- und Viehwucher. Die sächsische Landespreisprüfstelle hat dem Wirtschaftsministerium einen Bericht über die „Wucherbekämpfung im Schlachtvieh“ erstattet und bezüglich des „Vieh- und Fleischwuchers“ folgendes ausgeführt: Wegen Preissteigerung mit Schlachtvieh und Weibliche dazu wurden auf Bezirke der sächsischen Landespreisprüfstelle in Freiberg verschiedene Personen zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt; der übermäßige Gewinn von 2100 Mark wurde eingezogen. In einem anderen Falle wurde in Plauen i. V. ein Gutsherr wegen Verletzung der Preisbestimmungen für den Viehhandel zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. In zwei weiteren Fällen erhielten in Schöps und Meisa die Beteiligten wegen Ueberschreitung der angemessenen Vieh-, bzw. Wuch- oder Viehpreise 600 Mark und 500 Mark Geldstrafe; der übermäßige Gewinn wurde eingezogen. Wegen übermäßiger Preissteigerung beim Schlachtviehhandel und wegen Verstoßes gegen die Schlachtviehvorschriften wurde ein Viehhändler in Freiberg zu 3100 Mark Geldstrafe und Einziehung des Uebergewinnes von 1535 Mark verurteilt. Eine Reihe anderer Fälle schwebt noch. Leider haben die Wertste in der Strafverfolgung der Wucherer versagt. Aber erfreulicherweise hat sich gerade in letzter Zeit in dieser Richtung ein Umschwung bemerkbar gemacht dank der durch das Altersgrenzengesetz möglichen Verhängung und Demokratisierung der Gerichte, so daß solche unerbittliche und die berechtigten Entzückung der aufgemerkten Volksmassen auslösende Bekehrungen, wie sie noch vor einem Jahre häufig waren, doch schon viel seltener geworden sind. Auch den erwähnten Fällen wurden von der Landespreisprüfstelle viele Vorgänge an die Bezirks- und örtlichen Preisprüfstellen zur direkten Abgabe an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet. Jedenfalls läßt die vorstehende Zusammenstellung erkennen, daß eine intensive Wirksamkeit gegen die Auswucherung des Viehs durch die sächsische Landespreisprüfstelle einsetzt worden ist.

• Dresden. Als am Montag Lohnverhandlungen im Baugewerbe gesplonnen wurden, zogen Massen von teilweise mit Keulen bewaffneten Arbeitern vor das Verhandlungslokal und drangen in großer Zahl in den Verhandlungsräume des Arbeitgeberverbandes ein, wo es zu Sachbeschädigungen und zu Gewalttätigkeiten gegenüber dem Verhandlungsleiter kam. — Nachdem die Forderungen der Friedhofarbeiter bewilligt worden waren, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Durch die Schulen und den Jugendring sind die Buchhandlungen und Geschäfte festgesetzt worden, die den einträglichen Handel mit Schundbüchern weiter betreiben. Für die Geschäfte, die der Bitte, diesen Handel einzustellen, nicht entsprechen, tritt am 18. November „Beruf“ ein.

• Dippoldiswalde. In einer Stöckelauktion am vergangenen Sonnabend wurden zunächst 60 Raummeter Stöcke verkauft und zwar je 2 Meter für 2400 Mark. Dem Wünsche des Stadtrates an die Gewinner, eine zweite Person gegen einen entsprechenden Beitrag an dem Gewinn teilnehmen zu lassen, wurde nicht entsprochen. Bei der Versteigerung von 36 Barzelen zum Selbstkroben, jede mit etwa zehn Stöcken, wurden für eine Barzelle Preise bis zu 8000 Mark gezahlt. Der städtische Fortkauf war mit diesen hohen Preisen nicht einverstanden, aber die Bieter ließen es an Selbstkroben fehlen und trieben die Holzpreise gleich um tausend Mark in die Höhe.

• Berthelsdorf. Wegen wiederholten einfachen und schweren Diebstahls wurden hier sechs Personen festgenommen. Sie hatten wiederholt Getreide und Robbelle und andere Sachen gestohlen bezw. sich gestohlen lassen und dann verkauft und verarbeitet. In die Angelegenheit ist

## Bühnenturnen Bußtag im Stern. Turnen der Mädchen und Knaben | Wir laden dazu ergebenst ein. | Karten im Schuhgeschäft Schneider, Bnohh. Hering u. Uhrmacher Schöns zu 50, 35 u. 25 Mk. Schülerkartou 10 Mk.

### Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.  
8. Fortsetzung.

Sie hatte sich einen bequemen Rehnstuhl an sein Bett herangezogen und lauschte in verlorenem Stunnen auf die schweren Atemzüge des Kranken, die in unregelmäßigen, ruckelnden Zügen die schattenvolle Weite des Schlafzimmers durchzogen.

Zumeilen rückte sie mit behutsamer Bewegung ein Kissen zurecht oder wechselte vorsichtig die Eisblase, deren ständige Erneuerung ihr der Arzt besonders, ans Herz gelegt hatte.

Dann erschraf sie immer wieder von neuem über die furchtbare Veränderung des geliebten Antlitzes.

Das vergessene linke Augenlid, der schiefe Mundwinkel gaben dem Gesicht des Kranken etwas unnatürlich Besorgtes, fast Blödes; die Wangen hingen in schlaffen Falten herab, der ganze Körper lag reglos in sich zusammengesunken, die schweren Lider wie hölzern, taub.

Als Votte in der neunten Morgenstunde in den Speisesaal hinüberging, meldete ihr das Stubenmädchen, daß der erste Professor, Herr Salbach, das gnädige Fräulein in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen wünsche und sie im Arbeitskabinett des Hausherrn erwarte.

Oder kam ihr Herr Salbach schon an der Tür mit ausgedehnten Armen entgegen; die Augen des alten Herrn, der fast ein Vierteljahrhundert lang mit der Familie Hausmann eng verbunden war, standen voller Tränen.

„Mut, Fräulein Votte, Mut!“ sagte er ermunternd. „Das soll denn werden, wenn auch Sie jetzt den Kopf verlieren! Noch lebt der Herr Kommerzienrat ja und mit Gottes Hilfe wird er bei seiner kräftigen Konstitution in einigen Monaten sicherlich wieder in aller Frische und Gesundheit unter uns wachen!“

„Mit einer milden Bewegung schüttelte Votte den Kopf. „Nein, Herr Salbach, das ist eine trügerische Hoffnung! Wenn Sie Vater in seinem jetzigen Zustande sehen könnten, würden Sie selbst auch an keine Rettung glauben!“

„Doch Sie haben recht!“ schloß sie, sich gewaltsam einen Ruck gebend. „Wir haben im Augenblick erstere Aufgaben, als über unabänderliche Dinge zu klagen. Darf ich fragen, was Sie schon zu so früher Stunde zu uns führt?“

„In erster Linie selbstverständlich die Sorge um den Kranken!“ versetzte der Professor. „Dann aber sind es auch unaussprechliche geschäftliche Angelegenheiten, die mich von der Bank hierher getrieben haben. Wäre es vielleicht möglich, daß ich den Herrn Kommerzienrat wenigstens einige Minuten persönlich sprechen und mich mit ihm über die wichtigsten Punkte verständigen könnte?“

„Das ist leider absolut ausgeschlossen!“ war die Antwort. „Vater ist schon seit einer Stunde wieder ohne Bewußtsein. Auch hat der Arzt die strengste Anweisung gegeben, niemand den Zutritt zum Krankenlager zu gestatten!“

„Das ist aber entsetzlich!“ Der Professor war aufgesprungen und lief mit großen Schritten erregt im Zimmer auf und ab.

„Denken Sie sich doch nur meine Situation, Fräulein Votte! Das Unglück in Venns hat ja alle unsere kaufmännischen Dispositionen über den Hausen geworfen! Stochwelle sind mir heute früh die Telegramme ins Haus gebracht worden! Die Morgenblätter wimmeln schon von Einzelheiten über die Explosionskatastrophe! Unter gesamter Kundenkreis ist natürlich alarmiert, weil jedermann weiß, wie wir mit der Venns Fabrik liiert sind. In einer Stunde wird uns die Bank von den Depotinhabern gestürzt werden! Und bei dieser ganzen Verwirrung niemand, der eine bindende Direktive erteilen kann! Wie soll ich allein solch allgemeiner Desroute Widerstand leisten?“

warten stand, daß der einsige, der dem drohenden Verderben Einhalt zu tun vermocht hätte, der Mann war, der in kurzen Stunden vielleicht schon den letzten Kampf um sein vernichtetes Leben kämpfte.

„Kommen Sie, Herr Salbach!“ sagte sie endlich, mit einer elastischen Bewegung von ihrem Sessel emporstehend. „Ich fahre mit Ihnen zur Bank! Ich weiß mit allen Vätern und Entwürfen meines Vaters genau Bescheid. Wir wollen sehen, was aus diesem furchtbaren Unglück vielleicht noch zu retten ist!“

Fünf Minuten später sah sie mit Herrn Salbach bereits in einem Droschken-Automobil.

In rasender Fahrt ging es die stille Tiergartenstraße entlang.

Ein prachtvoller Spätherbsttag war nach der langen Regenperiode der letzten Wochen über Berlin aufgegangen. Wie ein schneidender blauer Traum spannte sich der kristallklare Morgenhimmel über das laublose Bismarck- und Tiergartens und umwob die grauen Steinriesen des Brandenburger Tor's mit einem duffigen Fittlergewande. Unwillkürlich irrte die Gedanken Vottes zu dem stillen Geldsünder des Vaters zurück.

„Denn werden, an diesem lichtdurchstuteten Sonnentage, da sich die Welt wie zum Hohn noch einmal mit ihren herrlichen Farben geschmückt zu haben schien.“

„Doch bog der Wagen von der Friedrichstraße in die Französischstraße ein und hielt vor dem Hausmannschen Bankpalast.“



Der ehemalige Grundpreis einer Roggenanweisung soll dem Gegenwert von 125 Kilogramm entsprechen, er beträgt also 30945 Mark. Auf diesem Preis werden dem Erwerber 5 Prozent Diskont bis zum 1. April 1923 zurückvergütet. Die jederzeitige Erhöhung des vorstehend erwähnten festgesetzten Grundpreises bleibt der Staatsbankdirektion vorbehalten. Während der jederzeitigen Erhöhung des unter Zugrundelegung der oben erwähnten Ausführungen berechneten Preises wird die Befreiung des Ausgabepreises einerseits von der Entwicklung des Roggenpreises und andererseits von der aufstrebenden Nachfrage nach Roggenanweisungen abhängig gemacht werden. — Wie dem „B. L.“ von anderer Seite noch mitgeteilt wird, soll die Befreiung des offiziell ermittelten Roggenpreises im „Reichsanzeiger“ und in den odenburgischen Amtsblättern erfolgen. Der Höchstbetrag der gesamten Anweisungen darf sechs Millionen Kilogramm Roggen nicht übersteigen. — Das „B. L.“ bemerkt hierzu: Die Lösung des Problems der wertbeständigen Inlandsanleihe ist damit von Odenburg erstmalig in Angriff genommen worden. Allerdings liegen die Verhältnisse in Odenburg — einem Agrarstaat — auch einfacher als im Reich mit seiner komplizierten Wirtschaftsstruktur. Es wäre interessant, schon jetzt nähere Einzelheiten über die vorgesehene Deckungsmodalität zu erfahren. Inwiefern solche wertbeständigen Roggenanweisungen geeignet sind, die unter den Auswirkungen der Geldentwertung erlassene Sparsparnisse wiederzubekommen, muß die Zukunft erweisen.

**Neue Erhöhung der Stahlpreise** In der Montag-Sitzung des gemeinschaftlichen Richtpreisausschusses des Stahlbundes wurde eine Neuregelung der Spanne zwischen den Preisen für einzelne Erzeugnisse vorgenommen. Ferner wurde festgestellt, daß eine Erhöhung des Thomasstabeisengrundpreises von 154 000 Mark um 49 000 Mark infolge der seit dem 7. bis einschließlich 11. d. M. durch die weitere Markverschlechterung eingetretenen Verteuerung der ausländischen Erze sowie der Kosten der Inlandsbezüge und Betriebsmaterialien erforderlich ist. Demzufolge wurde laut Mitteilung des Stahlbundes der Thomasstabeisengrundpreis ab 15. November d. J. auf 203 000 Mark festgesetzt. Um den gleichen Prozentsatz werden die Preise für die übrigen Richtpreiserzeugnisse ab 15. November d. J. nach Berücksichtigung des vorerwähnten Ausgleichs erhöht. Die Richtpreise (Verkaufspreise) betragen ab 15. November d. J. für 1000 Kilogramm Thomasstabeisengüte mit den bekannten Frachttarifen: Rohblöcke 150 700 Mark, Vorblöcke 185 300 Mark, Anker 175 100 Mark, Platten 179 000 Mark, Formeisen 200 500 Mark, Stabeisen 208 000 Mark, Universaleisen 220 500 Mark, Bandblech 238 100 Mark, Walzdraht 217 900

Mark, Grobblech, 5 Millimeter und darüber, 228 000 Mark, Mittelblech, 3 bis unter 5 Millimeter, 258 500 Mark, Feinblech, 1 bis unter 3 Millimeter, 287 100 Mark, Feinblech, unter 1 Millimeter 304 000 Mark. Der Mehrpreis für Verzierung in Siemens-Martin-Bandbleche stellt sich ab 15. November wie folgt: Rohblöcke 12 100 Mark, Vorblöcke 13 700 Mark, Anker 14 600 Mark, Platten 15 000 Mark, Formeisen 14 700 Mark, Stabeisen 15 000 Mark, Universaleisen 16 400 Mark, Bandblech 16 400 Mark, Walzdraht 16 000 Mark, Grobblech, 5 Millimeter und darüber, 17 400 Mark, Mittelblech, 3 bis unter 5 Millimeter, 17 800 Mark, Feinblech, 1 bis unter 3 Millimeter, 17 800 Mark, Feinblech unter 1 Millimeter 18 200 Mark.

**Ein Liter Brennspiritus 450 Mark?** Der Preis für Brennspiritus, der noch vor wenigen Wochen 40 Mark für das Liter betrug, dann auf 180 Mark erhöht wurde, soll von der Reichsmonopolverwaltung nach Beratung mit ihrem Beirat jetzt auf 450 Mark für das Liter festgelegt werden. Als Begründung hierfür wird von der Monopolverwaltung folgendes mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die gesamte Ernährungslage dürfen Kartoffeln nur in sehr geringem Maße gebrannt werden, so daß, um die Industrie mit dem nötigen Bedarf an Brennspiritus zu versehen, auf ausländische Rohstoffe, und zwar Mais, zurückgegriffen werden muß. Bei den außerordentlich hohen Preisen für Mais mußte auf Grund des Beschlusses des Beirats vom 22. September die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein den Brennern durchschnittlich mehr als 180 Mark für das Liter reinen Alkohol zahlen, so daß bei einem Preise von 180 Mark für das Liter Brennspiritus die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein mit Zuschüssen aus den Einnahmen für Spiritus zu Trinkzwecken arbeiten mußte, da zu dem Durchschnittspreis, den die Reichsmonopolverwaltung an die Brenner zu zahlen hat, auch noch die Kosten für Reinigung, Vergällungsmittel, Frachten und auch die allgemeinen Verwaltungskosten kommen. Mit Rücksicht auf die in der letzten Zeit eingetretene Steigerung der Maispreise von etwa 2700 Mark auf 10 700 Mark ist in der letzten Beiratssitzung vom 3. November eine weitere Erhöhung des Brennspirituspreises auf 450 Mark für das Liter als erforderlich erachtet worden. Auch dieser Preis sei unter dem Durchschnittspreis, den die Reichsmonopolverwaltung an die Brenner zu zahlen habe. — Der „Berl. Lok.-Anz.“ verlangt, daß die Monopolverwaltung gestundet die Grundlagen ihrer Berechnungen darzulegen. Der oben genannte Preis sei fast das Zweifelhundertfache des Friedenspreises (25 Pfennig das Liter), und in diesem Maße sei

keine andere Ware, nicht einmal das Gold und der Dollar, gekriegen. Die obige Erklärung der Verwaltung sehr sehr wenig beweiskräftig aus.

**Bessere Ernteverhältnisse von Rüben und Kartoffeln.** Gegenüber der diesjährigen Fehlernte an Getreidefrucht in Deutschland beträgt diesmal die Kartoffelernte 27,18 Mill. To., d. h. um 46,2 pCt. mehr als im Vorjahre, die von Zuckerrüben 8,26 Mill. To., d. h. 46,6 pCt. mehr, Futterrüben 13,5 Mill. To. oder 44,9 pCt. mehr als im Vorjahre.

**Rußland will wieder Getreide exportieren?** Nach den Angaben des „Glebo-Produkt“, der zentralen Getreidehandelsgesellschaft, besteht eine Möglichkeit, aus dem südlichen Rußland in nächster Zeit 1 Million Kubik Weizen und aus der Ukraine 2 Millionen Kubik Weizen, insgesamt also 3 Millionen Kubik Getreide ins Ausland zu exportieren. Der Export wird über Noworossk und Nikolajewsk vor sich gehen. Der „Glebo-Produkt“ hat schon Maßnahmen getroffen, um die großen Lageräume in diesen Hafenstädten für den Getreideexport bereit zu halten. Die Eisenbahnen sind durchaus in der Lage, das Getreide aus dem Innern Rußlands nach den genannten Häfen zu befördern. Das Außenhandelskommissariat beabsichtigt, das Getreide in erster Linie nach Italien, Deutschland und England zu exportieren. Den Export von Getreide wird der „Glebo-Produkt“ zusammen mit dem Volkskommissariat für Außenhandel organisieren.

**Wartberichte.**  
**Amittliche Preisfestsetzung an der Produktenbörse zu Berlin, 14. November.** Weizen, märkischer 13 000—12 600 für 50 kg ab Stationen, sehr fein, Roggen, märkischer 11 800—11 400, pommerischer 11 700—11 300, westpreussischer 11 200—11 000 für 50 kg ab Stationen, fein, Sommergerste 13 100—12 800 für 50 kg ab Stationen, matt, Dinkel, märkischer 13 000—12 800, pommerischer 12 900—12 700 für 50 kg ab Stationen, sehr fein, Weizenmehl 36 500—39 000 für 100 kg brutto einfaßl. Sack frei Berlin, feinstes Markenmehl über Notiz bezahlt, fein, Roggenmehl 32 000—34 500 für 100 kg brutto einfaßl. Sack frei Berlin, feinstes Weizenmehl 35 000, Roggenkleie 6500 für 50 kg brutto einfaßl. Sack frei Berlin, matt, Raps 20 000—21 000 für 50 kg ab Stationen, behauptet, Erbsen, Viktoria 20 000—21 000, kleine Speiserbsen 19 000—20 000, Weisfischen 14 000—15 000, Wicken 18 000—19 000, Lupinen, blaue 13 500—14 500, do. gelbe 15 000—16 000, Rapssamen 7500—7800, Trodenkornmehl 6100—6300, vollw. Ruderichmehl 8000—8200, Torfmehlklasse Mischung 30/70 4000—4200.

**Riesa „Hotel Höpfer“**  
Blumarchstrasse (gutgeheiltes Saal)  
Morgen Donnerstag, den 16. November 1922, abends 8 Uhr  
**KONZERT**  
Violinvirtuos Carl Garaguly, Budapest.  
Pianist Hans Klüglich, Chemnitz.  
Aus der Vortragsfolge: Werke für Violine u. Beethoven, Kreisler, Vaganini, Sarasate, Wieniawski. Werke f. Klavier v. Chopin, Schubert. — Eintrittskarten zu 65.— Mk., 40.— Mk. u. 30.— Mk. (einschl. Steuer) in der Buchhandlung von Hoffmann, Riessa, Hauptstr. Telefon 107.

Man verlange überall **Radberger Billner!**  
Beamter sucht sof. od. 1.12. möbl. Zimmer.  
Bettw. f. gef. u. Angeb. u. 6 P 2066 an Tagbl. Riessa.  
Ehrliches, fleißiges **Mädchen**  
nicht mit 18 Jhr. gesucht.  
Frau Bruno Richter, O. d. S. Hospitalstraße.  
Nicht mehr schulspflichtiges **Mädchen**  
als **Aufwartung**  
für mehrere Stunden des Tages gesucht.  
Bahnhöfstr. 26, 1.

In **Buchführung**  
erfahrenen Herrn od. Dame für täglich einige Stunden gesucht. Angebote unter O 9 966 an Tagbl. Riessa.  
**Chauffeur**  
ledig, 20 Jahre, zuverlässig, fester Fahrer, m. Reparaturen vertraut, Führerschein Klasse 1, 2 u. 3b, sucht Stellung. O. H. u. O N 966 an das Tagblatt Riessa.

**Wer erfindet**  
Die Industrie sucht Erfindungen. Anregung in unserer Broschüre **umsonst.**  
H. G. Handelsgesellschaft Leipzig 120, Windmühlenstr. 1—5.

Für **Geffügel** aller Schlacht Art zahlst beste Preise nur **H. Hedding, Popplitz** bei Riessa. — Mitteilung erb.  
**Gutwagen** mit Weste billig zu verkaufen. Zu erfragen im Tagbl. Riessa.

**Herrenrad** wie neu, verkauft **Markfleißig Nr. 1.**

**Heu.**  
Kaufe jeden kleinen und großen Heu zum höchsten Tagespreis.  
**Julius Ohlert,** Eisen- u. Metallhandlung, Neumeida. Telefon 447.

**Rohkohle**  
empfehle feinsten und zentnerweise **Karl Bohrad, Neuaröba**

**Eisen, Metalle, Möbel, Lumpen, Papier**  
Zelle aller Art, wez. Ziegen- u. Kaninchen  
kauft  
**Karl Hofmann, Gröba, Tel. 670.**  
An- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe.  
**Kaufe jeden jeden Flaschen.**  
Zahle jetzt für Kanin- und Ziegenfelle hohe Preise.

**Leere Maggi-Flaschen**  
— Nr. 5 und 6 —  
werden von der Fabrik zurückgenommen und können bis zum 25. November gegen die festgesetzte Vergütung von Mk. 7.— p. Stück bei uns abgeliefert werden.  
Waren-Einkaufs-Verein e. G. m. b. H. Riessa a. G. Parkstraße.

**Achtung! Kaufe täglich**  
Lumpen, Alteisen, Almetalle  
Papier, Fässer, Säcke, Dast, Korke.  
Nichtingvoll **H. Mann, Gbfr. 1**  
bei Gebr. Krumm. Fernruf 612.

**Versteigerung von Fichtenstangen**  
Sonntag, den 19. Nov., 10 Uhr vorm. Treffpunkt Schmiede Seerhausen. Rittergut Seerhausen.  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend **Verkauf von fettem Ziegenfleisch** und f. Wurstwaren.  
**Albert Weidhorn, Wfderfchlächterei** Gröba, Rischstr. 10, Tel. 685.

**Drahtgeflechte**  
Spanndraht, Stacheldraht, Drahtkrampen liefern billig  
**Gebr. Hertz, Elsterwerda**  
Drahtflechterei — Fernspr. 94.

**Hühneraugen** werden Sie sicher los durch **Hühneraugen-Labewohl** Hornhaut auf der Fußsohle befestigt **Labewohl-Ballen-Scheiben.** Rein Verrutschen, kein Festkleben. a. Strumpf.  
**W. Moritz Bern, Bahnhöfstr. 13.**

**Vereinsnachrichten**  
Sängertr. No. 7/8 Probe f. „Wintertafel“ im Kronprin. Darauß Vorstands- und Fest-Ausführung und Singtunde.  
Turnverein Gröba (D. T.). Donnerstag, 16. 11. abends 8 Uhr Versammlung im „Anter“. Wichtige Tagesordnung, daher vollständig erscheinen. Artillerie, Pioniere und Train. Sonnabend 8 Uhr Stillstandsfekt im Wettiner Hof.

**Restaurant Cambrinus.**  
Nächsten Sonnabend, Sonntag und Montag **großer Vordierausschank.**  
Nettisch. f. Vordwürschen. Musikalische Unterhaltung.  
Es laden ergebenst ein **Willy Schröder und Frau.**

**Kühne's**  
Konzerthaus, Altoschätz  
Telefon Odsch 224 — Jugerverbindung Riessa-Odsch — Größtes Familien- und Ball-Local. — Jeden Sonntag keine Tanzmusik vom Stadtkonzerter. — Intimer Tanzdielenbetrieb.  
Ergebenst **Mar Kühne.**

Von Donnerstag, den 16. November ab kostet die Vollmilch im Kleinverkauf:  
ab Ladengeschäft u. Wagen 128.— Mk. per Liter.  
ab Hof des Erzeugers 120.—  
Die Mager- und Buttermilch kostet:  
ab Ladengeschäft 60.— Mk. per Liter.  
Molkereigenossenschaft Riessa. Rittergut Promnitz. Die Milchproduzenten in Riessa.

Statt Karten.  
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer unvergesslichen Mutter  
**Frau verw. Gendarm Ernestine Bertha Süß**  
sagen wir hierdurch unseren **herzlichsten Dank.**  
Neumeida und Beiersfeld i. Sa., 15. November 1922.  
**Arthur Süß**  
Oskar Süß und Familie.

**Nachruf.**  
Am 9. 11. entschlief unerwartet unsere Jugendschwester  
**Hilda Börner,**  
nachdem sie seit längerer Zeit durch Krankheit unserer Mitte entzogen wurde. In ihr verlieren wir eine treue Freundin, die durch ihr freundliches und ruhiges Wesen unser aller Heiligung besaß. Wir ruhen ihr ein „Ruhe sanft“ in ihr alzu frühes Grab nach.  
Die Jugend zu Merzdorf.

**Gute Spisekartoffeln**  
empfiehlt nur zentnerweise  
**H. Grubbe, Riessa, Tel. 652.**  
**Möhren.**  
Eine Ladung Speise- und Futtermöhren, sowie ein Waggon  
**Winterzwiebeln**  
sind wieder frisch eingetroffen und empfiehlt billigst nur zentnerweise  
**H. Grubbe.**

**Hochwertiges**  
Seifenpulver ist und bleibt  
**Schneekönig**  
mit 30% Fettgehalt.

**Älteres Gummitwert**  
sucht für seine Abteilung: Technische Gummitwaren **tüchtigen Vertreter.**  
Nur ausführliche Angebote mit Angabe des bisher erfolgreich bearbeiteten Gebietes und Abnehmerkreises unter N R 9622a an das Tagblatt Riessa finden Beachtung.

**Rat**  
für Frauen  
Alle hygien. Artikel, Tropf. Tee, Gummitwaren etc. Verb. Anfragen Rückporto erb.  
**O. Konietzky,** Reivais S. Sidonienstr. 24. part. r. Ecke Eisenstraße.  
Neue u. gebrauchte

**Als Hauschlächter**  
empfiehlt sich bestens Emil **Jähnichen, Riessa 27.**  
**la Winteräpfel**  
empfiehlt im ganzen und einzeln (Wiederverkäufer Sonderpreis) **Riessa 27.**

**Pianos billig**  
zu verkaufen. Nichters Musikhaus, Riessa.

**Morgen**  
**frische Seeische**  
Clemens Bäcker.

**Haar**  
zum höchsten Tagespreis  
**Dr. Otto Striegler**  
Riessa, Gausstraße 56.

**Frau Marie Nestler**  
geb. Reinhold

**Ausfuhr**  
erklärungen vorrätig in der Tagblatt-Druckerei Gostbehr. 59.

sagen wir allen unseren besten Dank. Besonderen Dank der Frau. Feuerweber Lager Zeitbahn und den Arbeitern und Arbeiterinnen vom Finanzamt Zeitbahn für die reichlichen Geldspenden.

**Ehefragen diskret**  
-Scheldung etc.  
**Esser, Popplitz Nr. 37.**

Familien **Richard Friedrich** u. **Richard Döcker.**

**Kammerjäger!**  
Trefte zur Vernichtung von Ungeziefer aller Art am 21. 11. hier ein. Bitte Off. im Tagbl. Riessa abged. Eger, Konz. Kammerjäger.

**Franzberg i. Sa.**  
Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten

### Die Deutsche Note an die Reparationskommission.

mit. Berlin, 14. November.

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission folgende Note gerichtet:

Herr Präsident!

Nachdem seit Ueberreichung des Schreibens der Reichsregierung vom 8. d. M. inzwischen auch das zweite Gutachten der von der Reichsregierung berufenen internationalen Sachverständigen eingegangen ist, werden die Reparationskommission die beiden Gutachten mit der Bitte um Kenntnisnahme übermittelt. Die deutsche Regierung macht sich den Inhalt dieser Gutachten in ihren Grundzügen zu eigen und unterbreitet auf Grund der inzwischen mit der Reichsbank zum Abschluss gebrachten Verhandlungen in Ergänzung ihrer Vorschläge in den Schreiben vom 4. und 8. November d. J. folgenden zusammenfassenden Plan für die Hebung und Festigung des Markkurses:

1. Die endgültige Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Da aber angesichts der in letzter Zeit eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine solche Regelung nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Hebung und Stützung notwendig.

2. Eine solche vorläufige Aktion kann, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht allein mit deutschen Kräften gesehen. Um das verlorengegangene Vertrauen zur Mark wiederherzustellen, ist die Mitwirkung des Auslandes notwendig.

3. Die Deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, den Betrag von 500 Millionen Goldmark in Gold oder Devisen für die Stützungsdaktion zur Verfügung zu stellen.

4. Die Finanzgründung der Stützungsdaktion erfordert folgende Voraussetzungen: a) Deutschland wird für drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Verträge von Versailles befreit. Die Sachleistungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld, d. h. aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen, bestritten werden können. b) Deutschland erhält für die Stützungsdaktion einen von ausländischen Banken gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark, so daß für die Stützungsdaktion ein Gesamtbetrag von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Verfügung steht.

5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Vereinfachung von 500 Millionen Goldmark unter Inanspruchnahme ihres Goldbestandes ausgestellt worden. Eine Haftung oder Garantie für den ausländischen Bankkredit vermag die Reichsbank daneben jedoch nicht zu übernehmen. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission von Reich zu stellen sein.

6. Die von den ausländischen Banken und der Reichsbank bereitgestellten Mittel werden unter Benutzung der Organisation der Reichsbank von einer unabhängigen Stelle verwaltet, die aus Vertretern der ausländischen kreditgebenden Bankgruppen, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung gebildet wird.

7. Diese Stelle wird ausnahmslos des Kurzes der Reichsmark intervenieren. Sie wird in erster Linie das im Ausland (Newyork, London, Amsterdam, Zürich usw.) verfügbare Material an Reichsmark für Rechnung des Reiches anzunehmen suchen, was gleichzeitig zu einem Rückgang der Devisenkurse führen wird. Im übrigen wird sie durch den An- und Verkauf von Devisen im In- und Auslande den Kurs der Mark zu regulieren suchen.

8. Sobald durch die Stützungsdaktion der Kurs der Mark so weit gebessert ist, daß das innere Vertrauen wiederhergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen auflegen. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, auswärtige Anleihen aufzulegen, die zu angemessenen Bedingungen erhältlich sind. Schon während der in Nummer 8 genannten Periode wird der Betrag der inneren Anleihe zur Hälfte, derjenige der äußeren Anleihe in voller Höhe zur Abdeckung der Bar- und Sachleistungen aus dem Verträge von Versailles verwendet. Die andere Hälfte des Betrages der inneren Anleihe dient dem Bedarfe des eigenen Haushaltes Deutschlands, insbesondere zur Bezahlung des Stützungskredits.

9. Durch die vorstehenden Maßnahmen wird Deutschland in die Lage versetzt, das Gleichgewicht in seinem Haushalt herzustellen, das Anwaschen der schwebenden Schuld aufzuhalten und die Disziplinierung von Ausgabenweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einzuführen. Sobald der Haushalt im Gleichgewicht ist, werden Anleihen nur noch für werbende Zwecke zu begeben und schwebende Schulden nur als vorläufige Geldbeschaffung bis zur Auslegung der betreffenden Anleihe anzunehmen sein. Die Ursachen der Inflation lassen damit fort.

Durch innere Reformen wird Deutschland seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung werden besonders ins Auge gefaßt die Aufhebung einheitlich werdender Behörden, die Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, die Vermeidung unproduktiver Ausgaben, die Vermeidung gefehlschwerer Maßnahmen, die neue Ausgaben verursachen, auf die dringenden Erfordernisse, die produktive Gestaltung der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.

10. Deutschland wird alle erforderlichen geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Schöpfung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zwecke wird insbesondere die Hebung des Arbeitsrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Hebung der Leistung der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet. Alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern werden gefördert. Der Luxusverbrauch und die Luxusindustrie sollen gebremst, der Alkoholverbrauch beschränkt werden. Zweck Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird die Zwangsverpflichtung des Brotgetreides abgebaut werden. Bei einer Besserung der Mark fallen die wesentlichen Gründe für die bisherige Geldpolitik fort.

11. Bei der Festigung des Markkurses werden andererseits die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt worden sind. Auch im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiete wiederhergestellt werden müssen, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz zu ermöglichen.

Um den vorstehend niedergelegten Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehende Anträge:

a) Die endgültige Festlegung der Verpflichtungen Deutschlands sobald wie möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß sie einschließlich des Dienstes für die aufzunehmenden Anleihen aus dem Ueberschuss des Haushaltes bestritten werden können.

b) Rücksicht für die Dauer von drei bis vier Jahren

## Rücktritt der Reichsregierung.

### Die Sozialdemokratie lehnt die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ab.

\*) Berlin, 14. November.

Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion endeten nach 9 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefassten Beschluß:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt eine Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion Dienstag abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten werde, hat das Reichskabinett beschlossen, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat in den letzten Abendstunden dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts mitgeteilt. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge erklärte in der gestrigen Nachmittagsversammlung der in der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien mit der Sozialdemokratie der Reichskanzler, daß die gegenwärtige Regierung die Reichspolitik nicht weiter führen könne, wenn die Sozialdemokratie auf ihrer Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei beharre. In diesem Falle würde in 24 Stunden eine Regierung aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft gebildet werden müssen. Der Reichskanzler eruchte schließlich die Sozialdemokraten, mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob sie der Erweiterung der Regierungskoalition durch die Deutsche Volkspartei zustimmen oder nicht.

In einer Erklärung, die der Reichskanzler abends 10 Uhr Journalisten gegenüber abgab, sagte er über die Vorgeschichte der Demission, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte

Note eine Stütze durch eine breitere Basis der Regierung erfordere. Die Deutsche Volkspartei habe der nach Paris entandten Note ausdrücklich zugestimmt. Die Note sei tatsächlich ein Ausdruck gemessen des politischen Willens der noch nicht vorhandenen großen Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihn herangetreten mit der Forderung, diese Zusammenarbeit in eine wirtschaftspolitische Gemeinschaft umzuwandeln. Dieser Lage habe er entsprochen und habe das Verlangen nach der großen Koalition gestellt.

Der „Kosakenzeitung“ sieht die Ursachen der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Entente, daß endlich etwas in Deutschland geschehen solle. Zum ersten Male ist in der deutschen Republik eine innere Krise ausgebrochen, weil es sich um tatsächliche Reformen handelte, die zum Wiederaufstieg Deutschlands unbedingt notwendig seien. Sowohl „Vossische Zeitung“ als auch „Tageblatt“ führen die Demission des Kabinetts darauf zurück, daß in der Sozialdemokratie und auch in der Deutschen Volkspartei das Parteinteresse über das Interesse des ganzen Landes gestellt habe. Der „Vorwärts“ sieht die Ursache der Krise in einem Verlagen der Führung und in der zu stark entwickelten Reizung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteiführerkonferenzen statt im Reichstagsplenum herbeizuführen.

Auf die Frage: Was nun? gibt die „Vossische Zeitung“ die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibe, die bisherige Koalition weiter zu behalten und bei der Neubildung des Ministeriums mittelparteiliche Wirtschaftler zu berücksichtigen. In eine Wiederwahl Dr. Wirths glaubt das Blatt nicht. Auch das „Tageblatt“ hält ein Ministerium der Persönlichkeiten am aussichtsreichsten. Der „Vorwärts“ erklärt, daß eine Regierung, die aus den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet ist, nicht auf ein Vertrauensvotum der Sozialdemokratie rechnen könne. Die Sozialdemokratie denke aber nicht daran, sich in den Schmolzwinkel zurückzuziehen. Sie ist bereit, an der Föderung einer positiven Politik mitzuwirken, die den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht werde.

Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Verträge von Versailles unter dem in Ziffer 4a Absatz 2 gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu befreien.

c) Unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zwecke der Beratung über den Deutschland zu gewährenden Bankkredit einzuberufen, während auch die deutsche Regierung ihrerseits bereit ist, die Einberufung einer solchen Konferenz zu übernehmen.

d) Die Anträge zu unterstützen, die die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Verwirklichung der in Ziffer 11 bezeichneten Notwendigkeiten stellen wird.

### Heute eine Sitzung der Reparationskommission.

Die Kriegskostenkommission hat gestern nachmittag die bereits in Deutschland veröffentlichte Note der deutschen Regierung der Reparationskommission überreicht. Nach dem „Tempo“ wird heute vormittag eine offizielle Sitzung der Kommission stattfinden, um über die Kohlen- und Holzlieferungen für die nächsten Monate Beschluß zu fassen. Am Mittwoch nachmittag wird wiederum eine unverbindliche Sitzung stattfinden, in der man sich mit den deutschen Vorschlägen beschäftigen wird.

### Der englisch-französische Rohhandel.

Der Londoner Berichterstatter des B.L.V. erfährt von zuverlässiger britischer Seite von der Meldung über einen angeblichen Handel zwischen der britischen und der französischen Regierung betreffend französische Zugeschändnisse im nahen Osten gegen britische Unterstützung einer Politik der „Freien Hand“ Frankreichs gegenüber Deutschland, daß derartige Angaben jeglicher Grundlage entbehren.

### Die Zenerungsunruhen im Rheinland.

Aus Köln wird gemeldet: Bei den Unruhen am Montag wurden im Ganzen etwa 40 Personen zum Teil wegen Plünderens, zum Teil wegen tätlichen Angriffs und Widerstandes festgenommen. Gegen 10 Uhr abends war es in der Innenstadt wieder ruhig. In Ehrenfeld, wo die Polizei von der Gieß- und Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wurden mehrere Zivilpersonen durch Schüsse und zwei durch Arm- und Beinverletzungen verletzt. Die Zahl der durch Steinwürfe verletzten Polizeibeamten ist erheblich. Ueber die Unruhen wird ferner noch mitgeteilt: Auf der Sophienstraße ritten sich gegen 7 Uhr abends Passanten zusammen, die von der Polizei vertrieben wurden. Die Geschäfte hatten schon vor 7 Uhr geschlossen. Im südlichen Stadtteil, auf der Severinstraße bis zum Gledwiggplatz, wurden viele Läden geplündert. Starke Menschenmengen strömten mit Steinen, Eisen und Werkzeugen die Fenster ein und raubten die Geschäfte aus. Vollig geplündert wurden insbesondere die Auslagen von Schuhgeschäften, ferner ein Strampfenhaus, ein Schirmgeschäft, ein Hutgeschäft, ein Plaggenladen und mehrere Lebensmittelgeschäfte. Das Eingreifen der Polizei war durch den dicken Nebel sehr erschwert. Die Menge zerstreute sich erst gegen 10 Uhr. Auf der Severinstraße lagen stellenweise fuchsbüchse dicke Glassplitter auf den Bürgersteigen. Der Schaden beträgt viele Millionen Mark. Eine Anzahl unbeteiligter Personen wurde von herabfallenden Scheibentrümmern verletzt. Der Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die Polizeistunde für Cafehäuser, Gast- und Schankwirtschaften bis auf weiteres auf 11 Uhr herabgesetzt.

Zu der wilden Streikbewegung in Düsseldorf und Umgebung ist noch mitzuteilen, daß sich besonders in der Altstadt Ansammlungen bildeten, die von der Polizei zerstreut wurden. Verschiedentlich mußte hierbei von der blanken Waffe Gebrauch gemacht werden, doch sind Verletzungen nicht gemeldet worden. In Oberbilk wurden einige Kohlenwagen umgeworfen und der Inhalt gestohlen, ebenso ein Bierwagen, doch wurde auch hier die sich anammelnde Menge schnell auseinandergetrieben. Der an verschiedenen Stellen stillgelegte Straßenbahnbetrieb war gestern abend wieder in vollem Gange. Die meisten Geschäfte und Gastwirtschaften wurden bereits in den frühen Abendstunden geschlossen. Die Polizeistunde wurde im Stadtbezirk auf 10 Uhr festgesetzt. Tanz- und Musikbetriebe wurden verboten. Als die ausländischen Arbeiter Dienstag mittag verließen, in der „Tonhalle“ eine Verammlung abzuhalten, die von der Polizei verboten worden war, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Ausländern und der Polizei. Dabei wurde einer der Demonstranten getötet. Der Polizei gelang es schließlich, die „Tonhalle“ und die angrenzenden Straßen zu säubern. Da die Polizei nachts erhebliche Verstärkungen erhalten hatte, beherzigt sie nach wie vor die Lage. Die Bewegung geht, wie aus den in großen Massen nach Düsseldorf gedragenen, von der Polizei beschlagnahmten Flugblättern hervorgeht, von auswärtigen Mädelöhrenzern aus. An dem amtlichen Bericht über die Verhältnisse heißt es:

daß neue Ansammlungen von der Polizei zerstreut wurden. Es besteht die Überzeugung, daß die Polizei durch herangezogene Verhaftungen auch in den nächsten Tagen imstande sein werde, einen Ausschuss der Kommunisten zu unterdrücken. Gestern nachmittag herrschte Ruhe.

### Neue Erhöhung der Kohlenpreise.

Die letzten bewilligten Lohnerhöhungen und die noch in weit höherem Maße gestiegenen Material- und Grundholzpreise geben Veranlassung zu einer neuen Erhöhung der Kohlenpreise. Diese steigert sich nach dem gestrigen Beschluß der Organe der Kohlenwirtschaft wie folgt: Für das Ruhrrevier (Reisförderkohle) um 2971 Mark, für Niederschlesien durchschnittlich um 4128 Mark, für Sachsen um 4841 Mark, für Aachen-Schwelmer um 4480 Mark, für Aachen-Nordhorn um 5235 Mark, für Niederschlesien-Jöhndörfern um 4524 Mark, für Niederschlesien-Barkingshausen um 4911 Mark, für rheinische Braunkohle um 609 Mark und für Briftels um 2347 Mark. Für das mitteldeutsche Braunkohlenrevier konnte die Erhöhung allerdings noch nicht festgestellt werden, da die Berechnung abhängig ist von dem Ergebnis eines am Mittwoch zu fallenden Lohnschiedsprüfung. Der Reichskohlenverband wurde ermächtigt, auch für das mitteldeutsche Revier eine den Material- und Lohnsituation entsprechende Preiserhöhung vorzunehmen. Der Beschluß erfolgte nach eingehender Ausprache einstimmig. Nur gegen das Ausmaß der Preiserhöhung im Ruhrrevier stimmte der Vertreter der Konsumgenossenschaften unter Hinweis auf die Materialzuschläge und die untragbar hohe Kohlensteuer. Auch wurden in der Aussprache Ziffern darüber beigebracht, daß in den letzten Monaten die Material- bzw. Großhandelspreise in erheblich höherem Maße gestiegen sind als die Lebenshaltungskosten. Die Preiserhöhung gilt vom 16. November ab. Hieran treten in den oben genannten Zögen die üblichen Steuern und Abgaben.

### Die Frage der Eigenproduktion der Eisenbahn.

Im Organisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums wurde Bericht erstattet über das Verhältnissen der Eisenbahn und dabei besonders die Frage der Eigenproduktion durch Uebernahme von Kohlenruben, Einrichtung von Lokomotiv- und Wagonfabriken, sowie Werkstätten für Zwecke der Reichsbahn behandelt. Der Ausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht geeignet sei, derartige weittragende und einschneidende Maßnahmen zu treffen, deren Wert für die wirtschaftliche Führung der Reichsbahn bei den heutigen Verhältnissen schwer zu übersehen sei. Im allgemeinen wurde die bisher von der Reichsbahn geübte Methode einer Einwirkung auf die Preisbildung ausgehoben. Einige Fragen wurden zur weiteren Behandlung einem besonderen Unterausschuß überwiehen.

### Die Lage in Konstantinopel.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die örtlichen Behörden haben die Lage nicht mehr in der Hand. Die alliierten Oberkommissare sind vollkommen eing in ihren Ratschlägen an ihre Regierungen, die durch die örtliche Lage geboten sind, aber in den alliierten Hauptstädten scheint eine solche Einigkeit nicht zu herrschen und dadurch sind die Oberkommissare zur Untätigkeit gezwungen und zwar in einem Augenblick, in dem eine energische Aktion notwendig wäre. Infolgedessen braucht Refet Pascha sich nicht um die Kapitulationen zu kümmern und protestiert jetzt auch gegen die alliierte Pressefront. Da er diese nicht aufheben kann, wird geplant, ein offizielles türkisches Blatt herauszugeben.

Weiter meldet aus Konstantinopel: Die französischen Konsuln in Merfina und Adana sind hier eingetroffen. Sie sind von den Realisten ausgewiesen worden. Ihre Ernennung war seinerzeit auf Grund des von Franklin Bouillon abgeschlossenen Abkommens erfolgt und bezweckte die Sicherstellung des Schutzes der christlichen Minderheiten. Vor einer Woche ist bereits der französische Konsul in Bursa ausgewiesen worden. Eine Versammlung namhafter französischer Kaufleute hat eine energische Denkschrift an die französische Regierung gerichtet, in der erklärt wird, die französischen Wirtschaftsinteressen in Kleinasien seien vom Hun bedroht, wenn den Türken gestattet werde, ihre gegenwärtige Politik ungehindert fortzuführen.

Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Konstantinopel beträgt die Zahl der christlichen Flüchtlinge aus Kleinasien und Thrazien nach einer Schätzung des Völkerbundes 1 1/2 Millionen.

### Die Lausanner Konferenz.

Weiter teilt mit, falls bei den alliierten Beratungen für die Lausanner Konferenz beschließende Fortschritte gemacht werden, werde Lord Curzon am Freitag zu der

Erörterung mit Volmar nach Paris abreifen. Es liegt aber Grund zu der Annahme vor, daß ein alliertes Vorabkommen erreicht werden wird.

### Bluttat eines französischen Offiziers in Wiesbaden.

Ueber eine Bluttat des französischen Majors Dupic in Wiesbaden werden der „Frankfurter Zeitung“ folgende Einzelheiten gemeldet: Ein Oberarzt Cohn bewohnte seit fünf Jahren in einer Villa im Kerol eine Bierzimmerwohnung. Als die Villa zu Beginn des Jahres von einer Witwe Baum gekauft wurde, bei der Major Dupic lebt, wurden die Eheleute Cohn von dem Franzosen nicht nur gezwungen, sich mit einer Manfarde ohne Licht, Wasser und Heizung zu begnügen, sondern auch fortgesetzt in der gemeinsten Weise schikaniert, beleidigt und tödlich angegriffen, so daß mehrere Prozesse vor den Frankfurter Gerichten spielten. Da Cohn vom Wohnungsamt keine andere Wohnung angewiesen erhalten konnte, mußte er die Deansalierungen des Majors in Kauf nehmen. Am Freitag abend unterlag ihm der Major, ein neu gekauftes Bett in der Manfarde aufzustellen. Als Cohn sich um das dreifache Bett nicht kümmerte, schlug ihn der Major und führte in seine Wohnung, um, wie die Witwe Baum Cohn zurück, einen Revolver zu holen. Cohn, der übrigens hart labt und Ganginaldie ist, hand noch auf der Gartentreppe, um das Bett herbeizuholen, als Dupic durch einen Spalt der Tür auf ihn schoß und ihn am Bein verletzte, so daß er in den Garten fiel. Dann führte der Major in die Küche auf ihn und gab noch vier Schüsse ab, von denen zwei in den Kopf und zwei in den Unterleib gingen. Dupic traktierte den tödlich Verletzten noch mit Zuckerrüben. Auch auf einen zwölfjährigen Jungen, der in Cohns Begleitung war und hilflos auf die Straße lief, feuerte der Major, ohne ihn allerdings zu treffen. Dupic wurde, wie bereits gemeldet, von der deutschen Polizei in Haft genommen. Er gab an, von Cohn angegriffen zu sein, und wies auf eine Wunde an der Hand, die angeblich von einem Messer berührt worden sollte. Versteht man sich die letzte Angabe angeht; man nimmt an, daß die Wunde von Dupic selbst verursacht wurde, um einen Beweis für seine Behauptungen vorzutun. In der Verhandlung eines Verleumdungsprozesses Cohns gegen Dupic hat der Major, wie protokolliert ist, angegeben, daß er Cohn noch einmal erschossen werde. Es besteht keine Hoffnung, den Schwerverletzten am Leben zu erhalten. Die Stimmung der Bevölkerung, die bereits durch die vielen Fälle todseligen Verleumdungen untergebrachten Franzosen aufs äußerste erregt ist, kann man sich nach einer solchen Bluttat wohl vorstellen.

### Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 14. November.

Präsident Poebke eröffnet die Sitzung, indem er der befreundeten schlesischen Bevölkerung die innige und schmerzliche Anteilnahme des Reichstages an dem schweren Schicksalsschlag ausdrückt, der Chile durch die furchtbare Erdbebenkatastrophe betroffen hat. Die Abgeordneten hatten sich von den Sitzen erhoben.

Sodann eröfnete das Haus eine Reihe kleiner Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. Graf Thüringen (Dnat.) wird geantwortet, die Regierung wolle die Zivilprozessreform möglichst beschleunigen, halte aber die Erleichterung des schiedsgerichtlichen Verfahrens durch ein Notgesetz nicht für zweckmäßig. Auf eine Anfrage des Abg. Gensel (Dnat.) wegen des Verbots öffentlicher Vorführungen des über die Hindenburgreise nach Ostpreußen hergestellten Films wird erwidert, daß die Entscheidungen der Filmoberprüfungsstelle einer Nachprüfung nicht unterliegen. Auf eine Anfrage des Abg. Graf Westphal (Dnat.) wegen Verlesung bestehender gesetzlicher Vorschriften bei grundlosen Anschuldigungen und Verhaftungen gegen Angehörige rechtsprechender Kreise stellt ein Regierungsdirektor in der Antwort einige der angeführten Fälle anders dar und erklärt, zum Vorgehen gegen die Beamten liege kein Anlaß vor. Abg. Graf Westphal (Dnat.) bringt in einer weiteren Anfrage viele Fälle von Gewalttätigkeiten gegen rechtsprechende Kreise vor und fragt, ob gegen die Behörden, die solchen Gewalttätigkeiten nicht vorgebeugt haben, vorgegangen wird und ob die Regierung nicht die Barock: Der Feind steht rechts! zurücknehmen wolle, da die Regierung ansehnlicher Waffen zu verbrecherischen Gewalttätigkeiten trübenfalls auf diese Barock zurückzuführen sei. Ein Regierungsdirektor gibt hierauf eine ähnliche Antwort ab wie vorhin. Auf eine Anfrage des Abg. Schiele (Dnat.) wegen der durch Wagmann herbeigeführten Kartoffelknappheit in den Großstädten wird erwidert, daß von einer Kartoffelknappheit in den Großstädten zur Zeit überhaupt keine Rede sein könne. Auf eine Anfrage des Sozialdemokraten wird erwidert, daß gegen die Marineoffiziere, welche in der Marinechule in Würzburg das verbotene Erhardt- und Löwenfeldbild gelassen hätten, eingeschritten werde. Es seien aber keine Offiziere der Marinechule selbst dabei beteiligt gewesen. Auf eine weitere Anfrage der Sozialisten wegen der angeblichen Ausfuhr eines für die Ehefrau des ehemaligen Kaisers bestimmten Diamants wird geantwortet, eine Ausfuhrerlaubnis für ein solches Diamant sei nirgends beantragt worden. Die Nachforschungen hätten ergeben, daß das Diamant von einem schlesischen Grafen einem Berliner Juwelier zur Umarbeitung übergeben worden sei und im Eigentum der Familie in Deutschland verbleibe.

Abg. Eduard Bromberg (Dnat.) beantragt, eine neue Sitzung anzuveranmen, in der die Regierung dem Lande Rechenschaft über das Gebe, was sie in der Reparationsfrage getan habe.

Abg. Rosen (Komm.) unterstützt den Antrag, da er Erklärungen der Regierung darüber vermisst, was sie gegen die Hungerdunst getan habe, was wichtiger sei als der Verhandlung über die Große oder Kleine Koalition, und darüber, daß die Eipo in Düsseldorf auf hungernde Arbeiter geschossen habe.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Repr. und der Kommunisten abgelehnt.

### Das Haus beschäftigte sich alsdann mit der neuen Geschäftsordnung des Reichstages.

Die Redezeit soll im Allgemeinen auf drei Viertelstunden beschränkt, die Disziplinargewalt des Präsidenten erheblich verstärkt werden. Bei größtlicher Verletzung der Ordnung kann ein Mitglied von der Sitzung ausgeschlossen werden, bei Wiederholtheit kann der Ausschluss auf 8 oder 20 Sitzungstage ausgedehnt werden.

Redner aller Parteien begrüßten die neue Geschäftsordnung und speziell der Abg. Köbe (Soz.) bezeichnete die Beschränkung der Redezeit als einen Erfolg, der am besten geeignet sei, das Ansehen des Parlaments im Volk wieder zu heben. Es werde dem Ansehen des Parlaments nur injun, wenn die Zahl der Parlamenten, die Zahl und die Länge der Reden auf die Hälfte vermindert würde.

Die Abg. Thüring (D.V.) und Weiser (B.) stimmen dem Antrag zu. Abg. Graf Thüringen (Dnat.) ist zwar mit der Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten einverstanden, kann aber die grundsätzliche Beschränkung der Redezeit auf drei Viertelstunden nicht billigen. Er beantragt die Einführung einer Parlamentswache, welche den Beschlüssen des Präsidenten den nötigen Nachdruck geben kann.

Abg. Dr. Kohl (D.V.) dankt der Geschäftsordnungs-Kommission für die geleistete Arbeit, die sie geleistet, möchte aber die Redezeit für Diskussionsredner auf eine halbe Stunde herabgesetzt wissen.

Abg. Eichhorn (Komm.) wendet sich gegen den Entwurf, den er als ein Instrument für Vergewaltigung der Minorität bezeichnet.

Ein Antrag Ledebour (Unabh.) auf Vertagung wird ohne Widerspruch angenommen. Präsident Poebke erteilt Ermächtigung für den Fall, daß die Regierung ihm rechtzeitig mitteilen werde, ob sie morgen schon ihre Erklärung abgeben könne, diesen Punkt als ersten auf die Tagesordnung zu setzen. Außerdem soll die Disziplinargewalt für die Verdrängten, die Intervention über die Not der Wissenschaft und der Schluß der Geschäftsordnungsdebatte auf die Tagesordnung kommen. Das Haus stimmt dem zu. Schluß gegen 7 Uhr.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Eine ausländische Spende zur Vinderung der Not der deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller. Dem Reichspräsidenten sind unter Vermittlung des deutschen Botschafters in Bern, Dr. Adolf Müller, durch die Schweizerische Deutsche Hilfskommission 25 Millionen Mark zur Vinderung der Not der deutschen Redakteure, Journalisten und Schriftsteller überwiesen worden. Der Reichspräsident hat nach Verhandlung mit den Interessentenvertretungen des deutschen Schrifttums die Spende an die Zentralorganisationen des deutschen Schrifttums verteilt, die in der sozialen Fürsorge für Redakteure, Journalisten und Schriftsteller eine ihre Hauptaufgaben haben. Ein kleinerer Teil der Spende ist für Zwecke der in Gründung befindlichen Notgemeinschaft der deutschen Kunst, Abteilung Schrifttum, und für besondere Fälle einseitig zurückbehalten worden; er soll dazu dienen, auch der kulturellen Seite der Notlage des deutschen Schrifttums nach Möglichkeit abzuhelfen.

Die Neuerungen Brodtkorn-Ranhaus widerrufen. Die von einer Telegrammagentur aus Moskau am 9. d. Mis. verbreiteten, von W.F. übernommenen angeblichen Neuerungen des Reichskanzlers Brodtkorn-Ranhaus sind, wie von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, unzutreffend. Ein Interview hat nicht stattgefunden.

Stabellank bei der Vulkanwerk. Dienstag lief bei den Vulkanwerken N. S. in Hamburg der Reeder W. Kunkmann, Steitin, geborene Dampfer Vinn Kunkmann vom Stapel. Der Dampfer, ein Schmetterling des vor drei Wochen vom Stapel gelassenen Dampfers Wilhelm Kunkmann, hat eine Tragfähigkeit von circa 4000 Tonnen. Die Schiffe sind als Selbsttrimmer, speziell für Massengut (Eisen und Kohle) gebaut.

Revision des Reichsmietengesetzes. Wie verlautet, sollen sich die zuständigen Instanzen des Reiches überaus haben, daß eine Revision des Reichsmietengesetzes mit Hilfe der Länder notwendig geworden sei, da die Mietauschläge der Geldentwertung nicht entsprechen und die Anlageberechnung insofern einer Abänderung bedarf, daß Verschärfung von den Mietern auf die Hauslasten zu leisten sind, da die meisten Vermieter die großen Rechnungen nicht auslegen können. Mit dieser Revision hofft man am schnellsten der Gefahr der Verdrängung der Häuser an Ausländer zu begegnen.

Aufhebung der bayerischen Volksgerichte. Wie die „Wolff. St.“ aus München meldet, dürfte im Laufe der nächsten Tage von der bayerischen Regierung die Aufhebung der Volksgerichte verkündet werden, da, wie das Blatt schreibt, die Erkenntnis der Unmöglichkeit der Volksgerichte in den heute wieder beruhigten Kreisen zum Durchbruch gekommen sei.

Im bayerischen Landtag begann Dienstag die Untersuchung über die Erklärung des neuen Ministerpräsidenten. Als erster Redner erklärte im Namen der Bayerischen Volkspartei Abg. Dr. Wohlmut, seine Partei unterstütze die Ausführungen v. Kunkmanns über das Verhältnis Bayerns zum Reich vollständig. In weitesten Teilen Deutschlands bestehe der Wunsch, daß die deutsche Außenpolitik einen Weg einschläge, der, wenn auch in fernere Zeit, Deutschland zum Heile führe und nicht den deutschen Namen dem Untergang preisgäbe. Seine Partei wünsche die Mitwirkung der Einzelstaaten und den Ausbau eines föderalistischen Reiches wenigstens in dem Maße, wie es vor dem Kriege bestanden habe. Ein gewisses Hindernis bilde die Weimarer Verfassung, aber dieses Hindernis müßte in eine Wohnstätte verwandelt werden. Es sollte ein Entwurf zur Reform dieser Verfassung eingebracht werden. Zur Forderung nach einem Revolutionsfesttag sagte der Redner, Vorbehalten begehe man, aber man selere sie nicht. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten zur Frage der Schaffung eines Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer schloß sich seine Partei an. Anschließend erklärte der Redner der Vereinigten Sozialistischen Parteien, Abg. Timm, seine Partei werde Herrn von Kunkmann unterstützen, wo er die Interessen der Allgemeinheit vertritt, ihn aber entzündend bekämpfen, wenn er eine einseitige Parteipolitik verfolgen, gegen die Einheit des Reiches handeln oder sich auf reaktionären Wegen bewegen wolle. Der Redner verlangte Auskunft vom Ministerpräsidenten darüber, was er gegenüber den „verheerenden Vorgängen gegen die Sozialdemokratie“ zu tun gedente und gegenüber der offenen Auforderung zur Gewalt, wie sie in dem Artikel im „Deinland“ zum Ausdruck gekommen sei. Die Aussprache sollte heute fortgesetzt werden.

#### Polen.

Die ukrainische Regierung hat die Protestnote der polnischen Regierung gegen die Zudung von Vanden an dem Gebiete der Ukraine beantwortet. In ihrer Antwort wendet sie sich entschieden gegen die in der polnischen Note und begründet erhobenen Vorwürfe betreffend die Organisation von Vanden auf dem Gebiete der Ukraine mit dem Ziele ihrer Entsendung nach Polen oder Ostgalizien. Ebenso entschieden weist sie die Vorwürfe betreffend die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ukrainischer Vanden an den Ereignissen in Ostgalizien zurück.

Ueber das Ergebnis der polnischen Wahlen in Ostgalizien meldet die „Wolff. St.“, daß sie eine ungewisse deutsche Mehrheit in den an Polen abgetretenen Teilen Ostgaliziens ergeben hätten.

#### Republik Oesterreich.

Der Nationalrat wählte gemäß dem Vorschlag des Hauptauschusses mit 93 Stimmen der Mehrheitsparteien gegen 59 Stimmen der Sozialdemokraten den Bundesrat Dr. Kleinböck zum Finanzminister und erledigte hierauf in erster, zweiter und dritter Lesung die Vorlage betreffend die Errichtung einer Notenbank, sowie das Statut der österreichischen Nationalbank.

Verringerung der Kosten der Lebenshaltung. Die paritätische Lohnkommission hat sich dahin geäußert, daß vom 15. Oktober bis zum 14. November die Kosten der Lebenshaltung sich um 6 Prozent verringert haben.

#### Dänemark.

Keine Zusammenkunft russischer Monarchisten. In verschiedenen ausländischen Blättern werden Gerüchte wiedergegeben, wonach alle russischen Großfürsten und verschiedene leitende russische Monarchisten sich gegen Besuchen in Kopenhagen verweigern und von der Kaiserin Witwe empfangen werden sollen. Wie die Kopenhagener Blätter aus bester Quelle erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder Grundlage.

### Die Erdbebenkatastrophe von Südamerika.

Chile als Erdbebenland.

Die Erdbeben sind eine ständige Gefahr für die Bewohner von Chile, dieses schönen und gelegenen Gebietes, das Prof. Bürger in seinem kürzlich erschienenen Werk über Chile als „Land der Verheerung und Erfüllung für deutsche Auswanderer“ bezeichnet hat. Die furchtbare Katastrophe, die jetzt die Küste des Stillen Ozeans im Bereich Chile heimgesucht hat, scheint an Furchtbarkeit alle früheren zu übersteigen, aber die Chronik der Erdbeben in Chile reicht weit zurück und weiß zahlreiche „schwarze Tage“ auf. Fast jeder Ort des Landes, von Tacna bis Ancud auf Chile, weiß davon zu erzählen. Die Gründe für diese ewigen Gefahren, die in der Tiefe lauern und bisweilen mit ungeheuren Kräften vermindert hervorzubrechen, sind in der vulkanischen Erdformation des Landes zu suchen. Die chilenisch-argentinischen Andenketten, die der Küste parallel liegen, enthalten eine große Anzahl von Vulkanen, von denen der größte Teil auf das chilenische Gebiet entfällt. Darwin hat bereits in der berühmten Schilderung seiner südamerikanischen Reise auf diese Unterminierung mit Vulkanen hingewiesen. Wenn wir uns den Meeressgrund mit zahlreichen Kratern in größerer oder geringerer Tätigkeit besetzt vorstellen, sagt er, „so werden wir wahrnehmlich die Bedingungen verstehen, unter denen dieser merkwürdige Aufbau verschiedener vulkanischer Schichten auftritt worden ist.“ Einzelne Vulkane Chile sind auch immer wieder in Tätigkeit, wenngleich sie sich den Bewohnern höchstens dadurch feindlich erweisen, daß sie einen Wald entflammen oder eine Pflanze durch einen Lavaausbruch zerstören. Vulkanische Ausbrüche aber haben an der Küste des Stillen Ozeans fast beständig stattgefunden, und sie waren begleitet von einem weitenförmigen Auf- und Abwogen der Erdoberfläche, aus dem sich die außerordentlich zahlreichen Erdbeben erklären. Die letzte ganz große Katastrophe, die die chilenische Küste heimgesucht, war das Erdbeben vom 18. August 1906, durch das Valparaiso zum großen Teil zerstört wurde und viele andere Orte an der Küste sowie in den blühenden Tälern Mittel-Chiles die schwersten Schäden erlitten. Zur wissenschaftlichen Erforschung dieses Erdbebens wurde damals eine Kommission von der Regierung eingesetzt, deren eingehender Bericht zur Erklärung der gegenwärtigen Katastrophe herangezogen werden muß. Es handelte sich um ein tektonisches Beben, bei dem in dem ganzen Gebiet zwischen der Küste und dem Fuß der Andenketten und zwar zwischen dem 30. und 38. Breitengrade gewaltige Erdschiebungen stattfanden. Diese eigentümliche Tatsache kam in den Wirkungen des Bebens zum Ausdruck. So wurde in V. auf einem Schreibtisch ein 2 Fuß schwerer Metalltisch in die Höhe gehoben; an einem andern Ort sprangen die Glühbirnen der Gaslampen aus ihren Fassern heraus. Danach ist anzunehmen, daß der ganze Bezirk der Erdkruste in dieser riesigen Ausdehnung plötzlich aufwärts gestoben wurde. In der Hauptstadt Santiago, die damals vom Beben verhältnismäßig wenig heimgesucht wurde, war bei Beginn der Katastrophe ein deutliches Auf- und Niederwallen des Bodens zu merken, das die ungewöhnlich lange Dauer von fast fünf Minuten hatte. In das Hauptbeben schlossen sich zahlreiche Nachbeben, von denen im Laufe eines Monats 88 gezählt wurden. An fast allen Orten der Provinz Antofagasta ging dem Erdbeben ein donnerähnliches unterirdisches Rollen voraus, eine in Südamerika überhaupt nicht seltene Erscheinung, von der schon Humboldt erzählt, daß er sie oft in den Anden gehört habe. Wie diesmal, so machte sich auch damals die Bewegung durch das ganze mittlere Argentinien bis nach Buenos Aires fühlbar. Während aber das Meer diesmal seine Zerschlagung mit der Erde vereinigte, verhielt es sich damals vollkommen ruhig; nur an einzelnen Stellen der Küste erfolgten Ueberschwemmungen. Im allgemeinen aber werden an der chilenischen Küste bei den Erdbeben meist auch gewaltige Stürmungen des Meeres beobachtet. Solch heftige Naturkatastrophen sind gerade an dem Teil der Küste häufiger, der jetzt betroffen wurde. Der Ort Copiapo, dessen Zerstörung gemeldet wird, erlitt das gleiche Schicksal 1778, dann wieder 1786 und wurde 1819 in Trümmer gelegt. Der Chile ist ja an Erdbeben gewöhnt und sucht sich durch bestmögliche Häuser zu schützen, die aus ganz leichtem Material errichtet werden. Er unterscheidet zwischen Temporal und Terremoto. Das erstere ist nur ein leichter Stoß, bei dem die Häuser erzittern und die Fenster klirren läßt, und am solche ist man ein paarmal im Jahr gewohnt. Das Terremoto aber ist die schwere Erschütterung, die die Wohnungen wie Kartenhäuser zusammenwirft. Von großen Katastrophen wird Chile alle paar Jahrzehnte einmal heimgesucht. Jahre des Schreckens waren im vergangenen Jahrhundert 1822, 1825, 1887, 1898, 1877, und in diesem Jahrhundert 1906. Genau 100 Jahre nach der schweren Katastrophe von 1822 ist nun wieder ein solches Unglück eingetreten.

#### Die Stätten des Erdbebens.

Die Orte, von denen uns die furchtbarsten Verheerungen der Erdbebenkatastrophe in Chile gemeldet werden, liegen in den Provinzen Coquimbo und Atacama. In der A. herrscht hier ein geradezu ideales Klima, und die Gegend ist ein wahres Paradies, in dem freilich, wie man jetzt wieder schmerzhaft erlebt, die „Schlange“ nicht fehlt. Die Hafenstadt Coquimbo, gelegen in der gleichnamigen Provinz, von der 500 Häuser zerstört sein sollen, besitzt eine geräumige, vorzüglich geschützte Bucht, die von der chilenischen Kriegsmarine genutzet wird. Der reinliche und schmutze Ort, dessen Mittelpunkt ein schöner Marktplatz ist, steigt die steilen, die Bucht umschließenden Granitfelsen hinauf. Deutsche Bewohner sind garnicht vorhanden, was bei dem starken deutschen Einschlag in Chile selten ist. Sehr bedeutend ist das englische Element, und auch Franzosen wohnen hier. Wenige Stunden weiter am Strande liegt die Hauptstadt der Provinz La Serena, die ebenfalls schwer gelitten hat. Dieser Ort liegt etwa eine halbe Stunde von der Küste entfernt; er zählt zu den ältesten Chiles, ist aber heute ganz still. Von der alten Vergangenheit erzählen die zahlreichen Kirchen und Klöster, die dem amphiötrisch aufsteigenden Stadtbild einen malerischen Eindruck verleihen. Als Hofstadt hat La Serena eine höhere geistliche Bildungsbankhalt und ein königliches Gymnasium. In Serena leben verschiedene Deutsche. Die dritte Stadt, von der in den Berichten erzählt wird, ist Copiapo in der Provinz Atacama. Einst war dieser Ort einer der reichsten von ganz Chile, weil er den Mittelpunkt zahlreicher Kupfer- und Silberminen bildete. Copiapo hatte in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts über 18 000 Seelen; nach der Zählung von 1917 besaß es 11 000 Einwohner. Uebrigens sind auch Coquimbo und La Serena recht volkreich, die erstere Stadt besaß nach der letzten Volkszählung 17 622, die zweite 16 140 Einwohner. Auf dem Hauptplatz von Copiapo steht das Stadtbild eines Mannes, der als einfacher Feldarbeiter und Volkskammer sein Leben begann und dann weltberühmt wurde. Es war Juan Gobon, der Entdecker der mächtigsten Silbererzader, die einst in der Umgegend der Stadt zutage gefördert wurden.

#### WISSEL.

Spezialvereinigung 1. Mannschaft verlor am Sonntag in Wiebels mit hartem Erfolg 5:2. Die 1. Jugend konnte im Verbandsspiel die 1. Jugend von Lommach mit 7:0 erlösen.